

A.1 – Integrationspolitische Leitlinien

	Inhaltsverzeichnis	
1		
2	Einleitung	2
3	Politische Partizipation ist eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Integrationspolitik	2
4	Ausbau der Angebotsstruktur und interkulturelle Öffnung im Bereich Bildung, Erziehung und Spracherwerb .	3
5	1. Schule und Elementarbereich	3
6	2. Studium	3
7	3. Spracherwerb	4
8	Verbesserung des Zugangs zu beruflicher Ausbildung und Erwerbstätigkeit	4
9	Gleichberechtigter Zugang zu Gesundheitsversorgung, zu Wohnraum und Verbesserung der	
10	Angebotsstruktur im Sozialbereich	5
11	Verbesserter Zugang zu kulturellen Angeboten der Stadt Leipzig	6
12	Antidiskriminierungsarbeit und Arbeit gegen menschenfeindliche Ideologien	6
13	Ausblick	7

A.1 – Integrationspolitische Leitlinien

14 Integrationspolitische Leitlinien DIE LINKE. Leipzig

15 Einleitung

16 Migration ist kein neues Phänomen. Seit Jahrtausenden bewegen sich Menschen über den gesamten Erdball.
17 Die Anzahl derer, die aufgrund äußerer Umstände zum Verlassen ihres Herkunftslandes gezwungen sind,
18 übersteigt dabei deutlich die Zahl derer, die aus gänzlich frei gewählten Gründen ihren Wohnort wechseln.
19 Kriege, Naturkatastrophen und das Handeln menschenfeindlicher Regime sowie Verfolgung und
20 Diskriminierung führen dazu, dass Menschen fliehen. Mit der Durchsetzung des Kapitalismus haben sich die
21 Motive für Migrationsprozesse noch verschärft und sind dringender denn je geworden. Die mit ihm
22 verknüpften Symptome wie Armut und Hunger veranlassen jeden Tag unzählige Menschen auszuwandern,
23 um sich in der Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen einen neuen Lebensmittelpunkt zu suchen.

24 In Leipzig wohnen ca. 42.000 Menschen mit Migrationshintergrund, aus 164 Ländern, das sind 8,4% der
25 Gesamtbevölkerung. Viele sind hier geboren, andere sind gekommen, um hier zu studieren oder zu arbeiten,
26 um bei ihrer Familie zu sein oder weil ihre Existenz in ihrem Herkunftsland bedroht war. Sie haben
27 unterschiedliche Geschichten und Bedürfnisse.

28 Vor diesem Hintergrund muss Integrationspolitik bedeuten, dass die Gesellschaft allen in ihr lebenden
29 Menschen gleiche Teilhabemöglichkeiten und Zugangschancen gewährt. Das setzt zum Einen eine rechtliche
30 Gleichstellung voraus, also die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für Teilhabe, und zum Anderen die
31 Entwicklung von Maßnahmen, welche die Menschen auch praktisch zur Teilhabe befähigen.

32 DIE LINKE setzt sich in der Stadt Leipzig für eine bessere und wirkungsvollere Beteiligung von Menschen mit
33 Migrationshintergrund als "wirkliche Mitbürger_innen" am politischen, gesellschaftlichen, kulturellen,
34 sozialen und wirtschaftlichen Leben ein. Wir wollen eine Integrationspolitik, die sich an den Grund- und
35 Menschenrechten orientiert, unabhängig vom Aufenthaltsstatus einer Person, in deren Mittelpunkt
36 Humanität steht und nicht die ökonomische Verwertbarkeit eines Menschen. Wir möchten die
37 Mitbestimmungsmöglichkeiten für Migrantinnen und Migranten ausbauen, strukturelle Hürden langfristig
38 abbauen und fordern ein ganzheitliches Förderinstrumentarium, das sich an den individuellen Bedürfnissen
39 und Potentialen einer Person orientiert. Linke Integrationspolitik soll eine Alternative zu der bisherigen
40 repressiven und selektiven Politik darstellen. Dazu gehört auch, dass wir allen rassistischen Stereotypen
41 entschlossen entgegengetreten. Wir lehnen jede Art von Diskriminierung und Ausgrenzung ab und verwahren
42 uns gegen eine Schwarz-Weiß-Sicht von Eigen- und Fremdkultur. Ebenso muss die Logik, welche behauptet
43 "den Migrantinnen und Migranten" Angebote zu machen, um letztlich deren Nicht-Inanspruchnahme negativ
44 sanktionieren zu können, verworfen werden. Wir leben in einer heterogenen Gesellschaft. Diesem Fakt muss
45 auch die Politik Rechnung tragen.

46 Politische Partizipation ist eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Integrationspolitik

47 Schwerpunkt eines jeden Integrationspapiers muss die politische Partizipation von Menschen mit
48 Migrationshintergrund sein, da sie eine unerlässliche Bedingung für die praktische Umsetzung politischer
49 Entscheidungen bzw. demokratischer Integrationsprozesse darstellt. Wir sind überzeugt, dass die Beteiligung
50 aller Menschen (unabhängig von Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus) mit Wohnsitz in Leipzig an
51 politischen Entscheidungs- und Willensbildungsprozessen in einer demokratischen Gesellschaft notwendig
52 ist.

53 DIE LINKE. Leipzig fordert:

- 54 • dass sich die Stadt Leipzig bei den zuständigen Gremien für ein kommunales Wahlrecht für alle
55 Menschen mit Erstwohnsitz in Leipzig einsetzt, die mindestens sechs Monate in der Stadt wohnen.
- 56 • dass sich die Stadt Leipzig bei den zuständigen Gremien für eine Erleichterung der Einbürgerung
57 einsetzt (für einen Abbau von Hürden wie Wartefristen, Gesinnungstests oder überhöhten
58 Anforderungen an Sprachkenntnisse und landeskundliches Wissen)
- 59 • dass die Stadt Leipzig umfassend über das Thema Einbürgerung informiert sowie Hilfe und Beratung
60 bei der Antragstellung leistet
- 61 • eine Erweiterung der Rechte und Befugnisse des Leipziger Migrantenbeirates als Partner des
62 Stadtrates und der Stadtverwaltung (Rederecht, Recht auf Auskunft, Konsultation und regelmäßiger
63 Kontakt zu den Ämtern, dem Jobcenter, der Ausländerbehörde usw.)

A.1 – Integrationspolitische Leitlinien

- 64 • dass sich die Stadt Leipzig für die demokratische Wahl der Mitglieder des Migrantenbeirates durch
65 in Leipzig lebende Migrant_innen und die dafür notwendige Änderung der Sächsischen
66 Gemeindeordnung einsetzt

67 Wir unterstützen die Aktivitäten des Sächsischen Migrantenbeirates und dessen Positionspapier „Für eine
68 demokratische Integration in Sachsen“.

69 DIE LINKE. Leipzig fordert von der Stadt Leipzig:

- 70 • den Ausbau des zivilgesellschaftlichen Engagements von Einzelpersonen, Selbstorganisationen,
71 Vereinen, Einrichtungen und Initiativen durch finanzielle Förderung sowie Beratungsangebote zum
72 besseren Management
- 73 • stärkere logistische Unterstützung der Aktivitäten der Vereine für eine bessere Einbeziehung der
74 Migranten in die Gesellschaft
- 75 • mehr Aufklärungsarbeit über politische Partizipationsmöglichkeiten von Migrantinnen und Migranten
76 Dazu sind die Einrichtung eines umfassenden mehrsprachigen Informationssystems,
77 Bildungsangebote und die Einbindung politischer Bildung in Sprach- und Integrationskurse ein
78 Ansatz.

79 DIE LINKE. Leipzig setzt sich für mehr Mitwirkungsmöglichkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund in
80 Parteien ein. Deswegen muss es unser Ziel sein, Migrantinnen und Migranten eine bessere Mitarbeit in den
81 eigenen Parteistrukturen zu ermöglichen.

82 **Ausbau der Angebotsstruktur und interkulturelle Öffnung im Bereich Bildung, Erziehung und** 83 **Spracherwerb**

84 **1. Schule und Elementarbereich**

85 Im Bereich Erziehung und Bildung muss es unser Ziel sein, in einem hoch selektiven Bildungssystem gegen
86 die Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen aufgrund ihrer Herkunft, ihres sozialen oder
87 ökonomischen Status zu kämpfen. Bildung und Erziehung muss vielmehr auf den individuellen
88 Voraussetzungen des Kindes basieren und in enger Zusammenarbeit mit Eltern und Bildungsinstitution
89 individuell abgestimmte Fördermöglichkeiten entwickeln. Dabei dürfen mögliche fehlende Sprachkenntnisse
90 nicht als bestimmendes Defizit wahrgenommen werden, sondern Kindern und Jugendlichen muss es
91 ermöglicht werden, in einer gemeinschaftlichen Lernatmosphäre von- und miteinander zu lernen. Potentiale
92 müssen dabei gefördert werden. Vielfalt muss erfahren und gelebt werden.

93 DIE LINKE. Leipzig fordert:

- 94 • Erzieher_innen, Lehrer_innen und Schulleiter_innen müssen schon während ihrer Ausbildung oder
95 später durch regelmäßige Weiterbildungsangebote interkulturelle Kompetenzen erwerben
- 96 • die interkulturelle Öffnung der Bildungseinrichtungen: Einstellen von Erzieher_innen und
97 Lehrer_innen mit Migrationshintergrund, Öffnung der Fördervereine für Eltern mit
98 Migrationshintergrund, Öffnung der Schulen in die Gesellschaft (Zusammenarbeit mit
99 Migrantenselbstorganisationen), Auf- und Ausbau eines vielseitigen, interkulturell
100 Ganztagsangebotes
- 101 • die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus, mehrsprachige
102 Informationen für Eltern
- 103 • eine feste Verankerung von Sprach- und Kulturmittlern in Bildungseinrichtungen
- 104 • die kommunale Unterstützung des Kompetenzzentrums für sprachliche Bildung bei Ausbau, Aufbau
105 eines Weiterbildungsangebotes und Vernetzung mit Leipziger Bildungseinrichtungen (als Resultat
106 des FörMig-Projektes zum Aufbau schul- und bildungsrelevanter sprachlicher Fähigkeiten und
107 Sprachförderung an bildungsbiographischen Schnittstellen)
- 108 • den Ausbau und die Qualitätssicherung des Deutsch als Zweitsprache- und des
109 herkunftssprachlichen Unterrichtes

110 **2. Studium**

111 Ausländische Studierende sind besonders im Bachelor-und Mastersystem einem großen Druck ausgesetzt.

A.1 – Integrationspolitische Leitlinien

112 Versiegt die finanzielle Hilfe der Eltern oder das Stipendium des Herkunftslandes, haben sie keine
113 Möglichkeit sich ein Einkommen selbst zu erarbeiten oder ein Stipendium zu bekommen. Außerdem gibt es
114 aufgrund von mangelnder interkultureller Kompetenzen seitens der Hochschulen oft Einstiegsprobleme. Die
115 Folge ist eine hohe Abbrecherquote. Nach dem Studium sind die Absolvent_innen verpflichtet innerhalb
116 eines Jahres eine Arbeit zu finden, deren Entlohnung über dem Satz für soziale Transferleistungen liegt. Bei
117 der derzeitigen Arbeitsmarktsituation in Leipzig ist das kaum zu schaffen.

118 DIE LINKE. Leipzig fordert:

- 119 • dass sich die Stadt Leipzig für die Sensibilisierung und den Erwerb von Interkulturellen Kompetenzen
120 von Mitarbeiter_innen, Dozent_innen und Professor_innen der Hochschulen und der Universität
121 einsetzt
- 122 • Maßnahmen und Überbrückungshilfen für Studierende in Notsituationen, um einen Studienabbruch
123 zu verhindern
- 124 • eine Kooperation zwischen Stadtverwaltung und Hochschulen, zur Verbesserung des Zugangs zu
125 Praktika und Sensibilisierung von Unternehmen für die Kompetenzen der Studierenden
- 126 • dass die Stadt Leipzig Maßnahmen entwickelt, um die Studierenden mit Migrationshintergrund in
127 der einjährigen Übergangsphase nach dem Studium bei der Arbeitssuche effektiv zu unterstützen,
128 um eine Ausweisung zu verhindern
- 129 • dass die Stadt Leipzig sich bei den zuständigen Gremien für eine Verlängerung des Zeitraums zur
130 Arbeitssuche nach dem Studium auf zwei Jahre einsetzt

131 3. Spracherwerb

132 Um den Erwerb der deutschen Sprache für Menschen mit Migrationshintergrund auf hohem Niveau
133 abzusichern, fordert DIE LINKE. Leipzig:

- 134 • die Verbesserung des Informations- und Beratungssystems über das Angebot von Sprach- und
135 Integrationskursen, die Träger sowie die Förderungsmöglichkeiten
- 136 • Abbau von Hürden zur Teilnahme an Integrationskursen (kürzere Wartezeiten, Fahrtkosten-
137 erstattung, Kinderbetreuung)
- 138 • die Qualitätssicherung von Integrationskursen (bessere Niveaueinstufung, kleinere Klassen)
- 139 • die Schaffung von Anschluss- und Konversationsangeboten, um das erworbene sprachliche Niveau
140 zu halten und zu verbessern (Angebote bis B2 oder sogar C1 Niveau)
- 141 • 600 Stunden Integrationskurs für Empfänger von Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz, die
142 sonst keinen Anspruch auf Integrationskurse haben

143 Verbesserung des Zugangs zu beruflicher Ausbildung und Erwerbstätigkeit

144 In unserer Gesellschaft ist der Zugang zu Ausbildung und Lohnarbeit Voraussetzung für viele
145 Teilhabemöglichkeiten. Gerade vor diesem Hintergrund ist es inakzeptabel, dass Menschen mit
146 Migrationshintergrund überproportional benachteiligt werden was den Zugang zum ersten und zweiten
147 Arbeitsmarkt betrifft.

148 Um dieser Benachteiligung entgegenzutreten fordert DIE LINKE. Leipzig:

- 149 • eine Mindestquote für Beschäftigte und Auszubildende mit Migrationshintergrund in der städtischen
150 Verwaltung und den Eigenbetrieben, die sich an deren Anteil an der Gesamtbevölkerung Leipzigs
151 orientiert
- 152 • dass die Stadt Leipzig darauf hinwirkt, dass in den städtischen Unternehmen (z.B. Stadtwerke, KWL,
153 LVB) ebenfalls eine solche Quote eingeführt wird
- 154 • dass die Stadt Leipzig gezielte Informationssysteme und Angebote hinsichtlich ihrer
155 Stellenausschreibungen, Ausbildungsplätze, Praktika entwickelt und Hürden für Bewerber_innen mit
156 Migrationshintergrund abbaut
- 157 • Schulungen und Weiterbildungen für Mitarbeiter_innen der Ämter, der Eigenbetriebe und
158 Unternehmen, um Diskriminierung, Rassismus und Voreingenommenheit vorzubeugen sowie
159 interkulturelle Kompetenzen zu erwerben
- 160 • Förderprogramme für einen Berufseinstieg insbesondere derjenigen, die sonst von Abschiebung

A.1 – Integrationspolitische Leitlinien

- 161 bedroht sind, weiterzuführen und auszubauen, wie beispielsweise das Programm „Rescue“
- 162 • Maßnahmen, die eine Einstiegsqualifizierung mit dem Nachholen von schulischen Abschlüssen
 - 163 verbinden
 - 164 • dass die Stadt Leipzig strukturelle Hürden zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit für geduldete
 - 165 Drittstaatenangehörige und Asylsuchende im Rahmen ihrer Möglichkeiten abbaut
 - 166 • dass sich die Stadt Leipzig für eine Anerkennung von außerhalb der Bundesrepublik erworbenen
 - 167 Abschlüssen einsetzt
 - 168 • die Vermittlung von gezielten Weiterbildungsangeboten, um den erlernten Beruf hier ausüben zu
 - 169 können
 - 170 • ein umfassendes Berufsberatungs- und Stelleninformationssystem gezielt ausgerichtet auf die
 - 171 Potentiale (z. B. Sprache, Vorbildung, Beruf) und Bedarfe von Menschen mit Migrationshintergrund
 - 172 • die Gleichberechtigte Vergabe von Stellen und Weiterbildungen im Jobcenter
 - 173 • die Schulung von Mitarbeiter_innen des Jobcenter, um Stereotype und Diskriminierung zu
 - 174 vermeiden, Einstellung von Mitarbeiter_innen mit Migrationshintergrund und Sprachmittler_innen im
 - 175 Jobcenter
 - 176 • die Unterstützung der beruflichen Ausbildung Jugendlicher unabhängig vom vorhandenen
 - 177 Aufenthaltsstatus
 - 178 • die Anonymisierung des schriftlichen Bewerbungsverfahren (Name und Bild betreffend) in der
 - 179 Verwaltung, in städtischen Betrieben und eine Kampagne für die Anwendung dieser Praxis in
 - 180 Unternehmen
 - 181 • die Verbesserung des Informations- und Beratungsangebotes für Selbstständige (Hilfe bei Erstellung
 - 182 von Geschäftsplänen usw.)

183 **Gleichberechtigter Zugang zu Gesundheitsversorgung, zu Wohnraum und Verbesserung der**

184 **Angebotsstruktur im Sozialbereich**

185 Migrantinnen und Migranten sind im Schnitt noch stärker von Armut und Ausgrenzung betroffen als
186 Menschen ohne Migrationshintergrund. Vor dem Hintergrund dieser spezifischen Lage müssen gezielte
187 Reaktionen folgen, um im Rahmen der kommunalpolitischen Möglichkeiten Wege aus Ausgrenzung und
188 Verarmung zu finden. Die Stadt Leipzig soll sich zudem als Mosaikbild verschiedener urbaner Lebensweisen
189 verstehen.

190 DIE LINKE. Leipzig fordert:

- 191 • dass sich die Stadt Leipzig für Förderung und Unterstützung solcher Vereine und Initiativen einsetzt,
- 192 die sich um die Gesundheitsversorgung besonders ausgegrenzter und benachteiligter Migrant_innen
- 193 kümmern
- 194 • mehrsprachige Beratungs- und Informationsangebote im Gesundheits- und Sozialwesen, die
- 195 Einrichtung eines Sprachdienstes, auf den Ärzte und Angehörige des Gesundheitswesens
- 196 zurückgreifen können,
- 197 • die Sensibilisierung städtischer Gesundheitseinrichtungen zu asyl- und ausländerrechtlichen
- 198 Regelungen mit dem Ziel, die medizinische Versorgung zu verbessern
- 199 • den Ausbau des Angebotes von psychologischer Betreuung von Asylbewerber_innen
- 200 • die Ausdehnung der Betreuungs- und Beratungsangebote auf die Belange von Migrant_innen,
- 201 interkulturelle Öffnung der Beratungs- und Betreuungseinrichtungen
- 202 • Kooperation und Vernetzung, Öffnung in die Gesellschaft sowie Fortbildungen der Mitarbeiter_innen
- 203 im Bereich Altenpflege
- 204 • die Schulung der Sozialberater_innen und -arbeiter_innen im Hinblick auf Fremdsprachenkenntnisse,
- 205 interkulturelle Kompetenz sowie zu Kenntnissen zu asyl- und ausländerrechtlichen Regelungen
- 206 • die Unterstützung von Vereinen und Initiativen, die sich der sozialen Beratung von Migranten
- 207 widmen, sowie ihre mediale und finanzielle Unterstützung,
- 208 • bezahlbare Wohnungen in jedem Stadtteil
- 209 • dass sich die Stadt Leipzig bei den zuständigen Gremien für eine dezentrale Unterbringung von
- 210 Asylbewerber_innen in Wohnungen, die den Bedürfnissen der jeweiligen Personen entsprechen,
- 211 einsetzt

A.1 – Integrationspolitische Leitlinien

- 212 • freie Wohnungswahl für Empfänger von Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz im Rahmen
213 der Vergabekriterien
- 214 • dass sich die Stadt Leipzig für eine Abschaffung der Residenzpflicht in Sachsen in Übereinstimmung
215 mit dem Menschenrecht auf Freizügigkeit einsetzt
- 216 • den verstärkten Einsatz von Quartiersmanagements und Unterstützung lokaler Selbstorganisationen
217 vor allem in sozial benachteiligten Stadtteilen
- 218 • die Förderung und den Erhalt von Freizeit- und Jugendzentren
- 219 • Erhalt des Leipzigpasses

220 **Verbesserter Zugang zu kulturellen Angeboten der Stadt Leipzig**

221 Allen Menschen muss die Teilhabe an kulturellen Angeboten sowie die Schaffung eigener Angebote in Leipzig
222 ermöglicht werden. Dies betrifft sowohl den Bereich Hochkultur als auch Freizeitangebote für Kinder und
223 Jugendliche. Das Kulturangebot in Leipzig muss dabei die Heterogenität der Gesellschaft widerspiegeln. Wir
224 verwehren uns aber gegen eine antagonistische Wahrnehmung von Eigen- und Fremdkultur sowie die
225 Reproduktion und kollektive Zuschreibung kultureller und ethnischer Stereotype.

226 DIE LINKE. Leipzig fordert:

- 227 • von der Stadt Leipzig und ihrer kulturellen Eigenbetriebe, die Erschließung von Möglichkeiten, um
228 Migrantinnen und Migranten zu erreichen (z. B. mehrsprachige Informationen über Angebot und
229 Kostenstruktur)
- 230 • den Ausbau von günstigen und kostenlosen Angeboten, um allen Menschen Teilhabe zu ermöglichen
231 (z. B. durch die Einrichtung von Kulturpatenschaften im Bereich Hochkultur, Schaffung von
232 kostenlosen „vor Ort Kulturangeboten“ für besonders sozial benachteiligte kinderreiche Familien)
- 233 • eine umfassende Förderung und Beratung von Selbstorganisationen und Vereinen sowie die
234 Unterstützung bei der Beantragung und Umsetzung von Kulturveranstaltungen und Projekten
- 235 • die Einbeziehung von Selbstorganisationen und Vereinen an Planung und Umsetzung von städtischen
236 Kulturveranstaltungen
- 237 • Interkulturelle Öffnung von Kulturinstitutionen, Vereinen und Organisationen
- 238 • die Förderung von Besuchen in Leipziger Kultureinrichtungen im Rahmen von Integrationskursen (z.
239 B. ein Kennenlernpaket)
- 240 • die Förderung von internationalen Kultur- und Dialogprojekten (besonders Jugendbegegnungen, um
241 Voreingenommenheiten abzubauen)
- 242 • den Ausbau städtischer Programme mit entsprechender finanzieller Ausstattung, um durch kulturelle
243 Projekte und Veranstaltungen Antidiskriminierungsarbeit zu leisten und zu befördern (z. B. Lokaler
244 Aktionsplan)

245 **Antidiskriminierungsarbeit und Arbeit gegen menschenfeindliche Ideologien**

246 Auch in Leipzig gehören Abwertung und Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund zum
247 traurigen Alltag. Dies reicht von tätlichen Angriffen bis hin zu institutioneller bzw. struktureller
248 Diskriminierung (Benachteiligung von Migrant_innen, die in die gesellschaftlichen Strukturen und
249 Institutionen als auch in deren organisatorische Abläufe festgeschrieben ist). Rassistische Denk- und
250 Handlungsweisen sind zudem in der gesamten Gesellschaft verbreitet, d. h. bestimmen das Denken von
251 weiten Teilen der Bevölkerung und äußern sich in alltäglicher Abwertung von Menschen, z. B. im öffentlichen
252 Raum oder in Lokalmedien. Die Schaffung einer Kultur der Antidiskriminierung ist somit eine
253 Querschnittsaufgabe, die mit Nachdruck befördert/ betrieben werden muss.

254 Die LINKE. Leipzig fordert deswegen:

- 255 • die systematische Veröffentlichung und Dokumentation von Diskriminierungsfällen durch die Stadt
256 Leipzig bzw. Unterstützung von entsprechenden zivilgesellschaftlichen Projekten wie chronik.LE und
257 RAA Sachsen/ Leipzig
- 258 • die Sensibilisierung von Stadtverwaltung, Behörden jeder Art, Arbeitgeber_innen, Vermieter_innen,
259 Lehrer_innen und Erzieher_innen durch Weiterbildungsangebote (interkulturelle Kompetenz/
260 Antidiskriminierung)
- 261 • die Einbindung von interkultureller Bildung/interkultureller Kompetenz, Selbstermächtigung und

A.1 – Integrationspolitische Leitlinien

- 262 Beteiligung von Migrant_innen als Qualitätsstandards bei der Vergabe von städtischen Fördermitteln
263 an Vereine
- 264 • die ideelle und finanzielle Unterstützung der Beratungsstellen für Menschen, die
265 Diskriminierungserfahrungen machen mussten, für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer
266 Gewalt sowie anderen Unterstützungs- und Selbstermächtigungsstrukturen
 - 267 • die finanzielle Absicherung des in seiner Existenz bedrohten, sachsenweit einzigartigen
268 Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V.
 - 269 • die Schaffung von langfristigen städtischen Fördermöglichkeiten (unabhängig von Bundes- und
270 Landespolitik) für antirassistische und interkulturelle Projekte, dabei sollte darauf geachtet werden,
271 dass auch kleine oder von Jugendlichen betriebene Initiativen unkompliziert und unbürokratisch
272 unterstützt werden
 - 273 • die gezielte Unterstützung von antirassistischer Fanarbeit im Sport und insbesondere Fußballbereich

274 **Ausblick**

275 Die vorliegenden Integrationspolitischen Leitlinien der Partei DIE LINKE. Leipzig sind als
276 Diskussionsgrundlage zu verstehen. Sie stehen am Anfang eines Prozesses, in dem sie als Vorlage für einen
277 Dialog mit Migrantinnen und Migranten, Initiativen und Vereinen dienen. Gemeinsam mit diesen
278 zivilgesellschaftlichen Akteuren sollen die Integrationspolitischen Leitlinien abgestimmt und weiterentwickelt
279 werden.

280

A.1 – Integrationspolitische Leitlinien

281 Hinweise und Erklärungen

282 Antidiskriminierungsbüro Sachsen (ADB)

283 Das Antidiskriminierungsbüro (ADB) ist eine zentrale Anlaufstelle im Freistaat Sachsen für alle Fragen zu
284 Diskriminierung aufgrund rassistischer Zuschreibungen, ethnischer Herkunft, Religion und Weltanschauung,
285 des Geschlechts, der sexuellen Identität, des Lebensalters oder Behinderung sowie Mehrfachdiskriminie-
286 rung. Das ADB bietet Beratung, Mediation und vermittelt Betroffene ggf. in Fachberatungsstellen oder auch
287 an RechtsanwältInnen. Darüber bietet das ADB Weiterbildungen in Form von Workshops und Seminaren zu
288 Antidiskriminierungsrecht, präventiven Strategien gegen Benachteiligung, Mobbing, interkultureller Kompe-
289 tenz oder Diversitykonzepte.

290 chronik.LE

291 Projekt zur Dokumentation zu faschistischen, rassistischen und diskriminierenden Übergriffen und Ereignis-
292 se in und um Leipzig. Daneben erscheinen regelmäßig Analysen und Hintergrundtexte. Ist eine AG des Leip-
293 ziger Vereins "Engagierte Wissenschaft e. V."

294 FörMig

295 Programm zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

296

297 LAP

298 Lokaler Aktionsplan. Lokale Aktionspläne sind Bestandteile des Bundesprogrammes "Toleranz fördern -
299 Kompetenz stärken". Es zielt darauf ab ziviles Engagement, demokratisches Verhalten und den Einsatz für
300 Vielfalt und Toleranz finanziell zu fördern. Leipzig hat den LAP in die kommunale Gesamtstrategie „Ort der
301 Vielfalt.“ implementiert. Jährlich werden in diesem Rahme Projekte gefördert, die Vielfalt und Toleranz stär-
302 ken und Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus entgegenreten.

303 Menschen mit Migrationshintergrund

304 Zu den Menschen mit Migrationshintergrund (auch Migranten) zählen „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet
305 der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in
306 Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutsch-
307 land geborenen Elternteil“.

308 RAA Sachsen

309 Die Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie e. V. ist Träger von Opferberatungsstel-
310 len für Betroffene rassistischer und rechtsmotivierter Gewalt in Sachsen. Sie bieten Beratung, Begleitung
311 und Unterstützung und arbeiten parteilich für die Betroffenen. Jährlich gibt die RAA Sachsen eine Statistik
312 über rassistische und rechtsmotivierte Gewalttaten heraus.

313 Sprachniveaustufen

314 Die Sprachniveaustufen werden im europäischen Referenzrahmen von A1 bis C2 angegeben. Die Einzelnen
315 Stufen bedeuten: A1: vertraute alltägliche Ausdrücke und Sätze mit konkreten Bedürfnissen werden ver-
316 standen und können angewandt werden. A2: Verstehen von häufig gebrauchten Sätzen und Ausdrücken im
317 Bereich der unmittelbaren Bedeutung. B1: Bei Verwendung von klarer Standardsprache werden Hauptpunkte
318 verstanden, wenn es um vertraute Dinge aus Arbeit, Schule und Freizeit geht. B 2: Verstehen von Hauptin-
319 halten komplexer Texte zu konkreten und abstrakten Themen. C1: Verstehen eines breiten Spektrums an-
320 spruchsvoller, auch längerer Texte und deren implizierte Bedeutung. C2: Alles kann mühelos verstanden
321 werden.